

**Interpellation Fraktion GB/JA! (Cristina Anliker-Mansour, GB): Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss in jedem Fall vorangetrieben werden: Projekt Job Start – was nun?**

Im Dezember 2004 beschloss der Gemeinderat, der kontinuierlich ansteigenden Jugendarbeitslosigkeit mit der Gründung einer Firma mit Arbeits- und Ausbildungsplätzen, nach dem Vorbild der erfolgreichen Job Factory in Basel, entgegenzutreten (siehe dringliche Interpellation Andreas Flückiger/SP zum Thema „zu wenig Bütz in Bern West“).

Bei der Gründung der Firma Job Start Ende 2005 war von 43 Arbeits- und Ausbildungsplätzen die Rede. Geplant waren Vermittlungen in vier Geschäftsfeldern: Büroarbeiten, Facility Management, Karbonverarbeitung und das Führen einer Kantine. Für das Jahr 2007 war bereits ein Ausbau auf 64 Stellen geplant. Die Firma hätte, im Gegensatz zum Basler Modell, welches erst nach rund sechs Jahren selbsttragend wurde, schon nach drei Jahren erste Gewinne erwirtschaften sollen. Das primäre Ziel des Projektes lag darin, den arbeitslosen Jugendlichen eine Berufsausbildung zu ermöglichen und sie nachhaltig in die Arbeitswelt zu integrieren. Zugesprochen wurde eine Anschubfinanzierung der Stadt Bern von insgesamt 500'000 Franken in den Jahren 2005 bis 2007 sowie ein rückzahlbares Darlehen von 500'000 Franken. Inzwischen scheint das Projekt nicht gemäss Planung zu verlaufen. Ende April soll Schluss sein.

Wir bitten den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Massnahmen sieht der Gemeinderat vor, um die Weiterführung des Projektes zu gewährleisten und die geplante Anzahl Arbeits- und Ausbildungsplätze für erwerblose Jugendliche zu erreichen?
2. Wäre der Gemeinderat auch bereit, die Zielsetzung betreffend der Produktivitätsansprüche zu senken und gegebenenfalls die Frist von drei Jahren zu verlängern, um die Integration von schwer vermittelbaren arbeitslosen Jugendlichen zu fördern?
3. Wie schätzt der Gemeinderat die Finanzsituation und Geschäftsführung von Job Start ein?

Bern, 1. Februar 2007

*Interpellation Fraktion GB/JA! (Cristina Anliker-Mansour, GB), Urs Frieden, Hasim Sancar, Karin Gasser, Myriam Duc, Anne Wegmüller, Christine Michel, Franziska Schnyder, Natalie Imboden, Rolf Zbinden, Daniele Jenni*

**Antwort des Gemeinderats**

Im Bericht „Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit; Strategien und Massnahmen 2005 - 2009“ des Gemeinderats vom 2. November 2005 ist das Projekt Job Start AG eine von vielen Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Insgesamt kann festgestellt werden, dass auch dank der Gesamtheit der getroffenen Massnahmen die Jugendarbeitslosigkeit in der Stadt Bern nicht weiter ansteigt.

Die Firma Job Start AG ist im Oktober 2005 mit dem Ziel gestartet, Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche anzubieten und ab 2008 kostendeckend zu arbeiten. Es wurde erwartet, dass in den Geschäftsfeldern Büroarbeiten, Facility Management und Kantine Überschüsse erwirtschaftet werden, die mittelfristig die Kosten der Karbonabteilung sowie der Firmenführung decken. Stadt und Kanton Bern haben für den Aufbau der Firma Beiträge und Darlehen in der Höhe von insgesamt 1.5 Mio. Franken bereitgestellt. Davon hat der Gemeinderat einen Startbeitrag von Fr. 500 000.00 sowie ein rückzahlbares Darlehen von Fr. 500 000.00 aus dem Fonds zur Förderung der Vermittlungsfähigkeit bewilligt.

Bereits Mitte 2006 hat sich gezeigt, dass der Aufbau der Geschäftsfelder länger als geplant dauert und die erwarteten Erträge sich nicht einstellen. Der Plan der Betriebsführung der Kantine musste aufgegeben werden, das Geschäftsfeld Facility Management wurde neu ausgerichtet und in „Industrielle Dienstleistungen“ umgewandelt. Der Betreuungsaufwand für die Jugendlichen wurde unterschätzt, deren Leistungsfähigkeit hingegen überschätzt. Im Herbst 2006 hat der Gemeinderat gestützt auf einen Bericht des Verwaltungsrats der Job Start AG eine Nachschubfinanzierung in der Höhe von Fr. 250 000.00 gewährt, um den Aufbau der Job Start AG weiter zu fördern. Im Dezember 2006 waren in der Job Start AG insgesamt 24 Personen beschäftigt (7 Festangestellte, 7 Jugendliche in Lehrverhältnissen, 10 Jugendliche in Einsatzplätzen).

Im Januar 2007 hat der Verwaltungsrat der Job Start AG nach weiteren Abklärungen informiert, dass das Ziel eines kostendeckenden Betriebs der Firma mittelfristig nicht erreichbar sei. Zwar könnten einzelne Geschäftsfelder Erträge abliefern. Diese seien aber zu gering, um die Kosten der Betriebsführung und der Geschäftsfelder mit Verlusten (insbesondere Karbonverarbeitung) zu decken. Zudem wurden die von der Job Start AG akquirierten Aufträge (Sortierung von Elektroschrott, Bearbeitung von Hölzern für Fensterrahmen, Reinigung von Elektrogeräten) bezüglich der Eignung für Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche unterschiedlich beurteilt.

Das Projekt „Job Start AG“ war im Gesamtkonzept der Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit interessant, weil Ausbildungs- und Arbeitsplätze nach einer Aufbauphase ohne notwendige Zuschüsse der öffentlichen Hand angeboten werden sollten. Da das Ziel auch mittelfristig nicht hätte erreicht werden können, hat der Verwaltungsrat der Job Start AG beschlossen, die Firma zu liquidieren.

#### *Zu Frage 1:*

Im Rahmen der Auflösung der Job Start AG wurde darauf geachtet, dass die Jugendlichen in Lehrverhältnissen ihre Ausbildung abschliessen können. Die Karbonabteilung mit sechs Jugendlichen in Lehrverhältnissen wurde mittlerweile in eine neu gegründete Gesellschaft CPC AG (Carbon Production Center) ausgegliedert. Eine Lehrperson in der KV-Ausbildung wird diese bei der Stadtverwaltung abschliessen können. Somit ist sichergestellt, dass die Jugendlichen in Lehrverhältnissen die Ausbildung beenden können.

#### *Zu Frage 2:*

Die Integration von schwer vermittelbaren Jugendlichen wird mit verschiedensten Massnahmen gefördert (vgl. Bericht „Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit; Strategien und Massnahmen 2005 - 2009“). Die Job Start AG wäre als Ergänzung sehr willkommen gewesen, wenn die Zielsetzung des kostendeckenden Betriebs mittelfristig erreicht worden wäre. Der Gemeinderat arbeitet weiter gezielt an der Umsetzung der im erwähnten Bericht aufgezeigten andern Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Dazu gehört auch die Integration von schwer vermittelbaren arbeitslosen Jugendlichen.

*Zu Frage 3:*

Zum Zeitpunkt des Entscheids des Verwaltungsrats der Job Start AG, die Job Start AG zu liquidieren, waren die finanziellen Mittel grösstenteils aufgebraucht. Der Gemeinderat war und ist der Auffassung, dass der Verwaltungsrat mit den restlichen Mitteln die Liquidation der Job Start AG vorzunehmen hat, ohne dass zusätzliche Beiträge der öffentlichen Hand erfolgen.

Bern, 30. Mai 2007

Der Gemeinderat